



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 15. November 2022
(OR. en)

14517/22

RECH 587

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: *Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) am 1./2. Dezember 2022: Vorbereitung*
Wissenschaft als Instrument zur Förderung der Politikgestaltung in den Mitgliedstaaten
– Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Vermerk des Vorsitzes zum Thema „Wissenschaft als Instrument zur Förderung der Politikgestaltung in den Mitgliedstaaten“ im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 2. Dezember 2022.

VERMERK DES VORSITZES FÜR DIE ORIENTIERUNGS-AUSSPRACHE ZUM THEMA
„WISSENSCHAFT ALS INSTRUMENT ZUR FÖRDERUNG DER
POLITIKGESTALTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN“

HINTERGRUND

Im Oktober 2022 veröffentlichte die **Kommission eine Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Unterstützung und Vernetzung der Politikgestaltung in den Mitgliedstaaten mit wissenschaftlicher Forschung**, die von den Generaldirektionen Gemeinsame Forschungsstelle (GD JRC) und Forschung und Innovation (GD RTD) gemeinsam entwickelt und von der Generaldirektion Unterstützung von Strukturreformen (GD REFORM) unterstützt wurde. **In dem Dokument werden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, den Aufbau von Kapazitäten für eine bessere Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in ihrer Politikgestaltung zu erörtern und zu prüfen.**

In dem Dokument werden Gründe für den Aufbau von Kapazitäten für Wissenschaft im Dienste der Politik dargelegt, die wichtigsten Herausforderungen für die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Politikgestaltung aufgezeigt – sowohl aus Sicht der wissenschaftlichen Gemeinschaft, die wissenschaftliche Erkenntnisse bereitstellt, als auch aus Sicht der politischen Entscheidungsträger, die auf diese zurückgreifen – und politische Rahmen, Unterstützungsinstrumente sowie bewährte Verfahren sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene, die zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen, herausgestellt.¹

Die COVID-19-Pandemie hat sowohl den Wert der Wissenschaft für die Politik als auch die Herausforderungen bei ihrer Nutzung verdeutlicht. Wissenschaftliche Erkenntnisse – von der Virologie und der epidemiologischen Modellierung bis hin zur Verhaltenswissenschaft – waren für die Erfassung und Bewertung politischer Optionen von entscheidender Bedeutung. Die unbeständige, schlecht koordinierte Wissenschaft im Dienste der Politik führte jedoch zu einer Situation, in der *„Meldungen aufgrund unterschiedlicher Kommunikation in einzelnen Mitgliedstaaten uneinheitlich, zuweilen widersprüchlich und häufig verwirrend waren“*.² Diese von der Kommission gezogenen Lehren schlugen sich in der Forderung des Rates nieder, die Koordinierung zwischen Fachkräften im Gesundheitsbereich und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in den nationalen Hauptstädten und in Brüssel zu verbessern und die Umsetzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in die klinische Praxis zu unterstützen.³

¹ Weitere Einzelheiten finden sich unter „Die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen im Überblick“.

² [Mitteilung „Erste Lehren aus der COVID-19-Pandemie“](#).

³ [Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion](#).

Die COVID-19-Pandemie hat erneut deutlich vor Augen geführt, dass die Kapazitäten für Wissenschaft im Dienste der Politik verbessert werden müssen, wodurch der Forschungs- und Innovationspolitik eine zentrale Rolle zugekommen ist. Maßnahmen im Bereich Forschung und Innovation fördern Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Wissenschaft im Dienste der Politik. Im November 2021 regte der Rat in seinen Empfehlungen zu einem Pakt für Forschung und Innovation⁴ an, *„die Wirkung von (Forschung und Innovation zu) steigern, indem die führende Rolle Europas bei der Schaffung von Wissen unter Nutzung des Wissens in der Gesellschaft ihren Niederschlag findet, beispielsweise durch Produkte, Dienstleistungen, Verfahren und Lösungen, die (...) eine faktenbasierte Politikgestaltung (...) fördern“*. In jüngerer Zeit, im Juni 2022⁵, schlug der Rat die *„Berücksichtigung unterschiedlicher Karrierewege und aller Forschungs- und Innovationstätigkeiten, einschließlich (...) Unterstützung für faktengestützte Politikgestaltung“* als eines der Leitprinzipien für die Forschungsbewertung vor. Bei den jüngsten Beratungen im Rat über die Valorisierung von Wissen kam auch die Idee zur Sprache, Struktur, Prozesse und Verfahren bei der Nutzung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Gestaltung und Umsetzung staatlicher Maßnahmen zu stärken.

Mit der Anerkennung der Bedeutung von Wissenschaft im Dienste der Politik im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik wurde zeitnah auf die steigende Nachfrage nach wissenschaftlichen Erkenntnissen in allen sektorspezifischen Politikbereichen reagiert. Auf EU-Ebene werden in der Aktualisierung der Agenda für bessere Rechtsetzung⁶ wissenschaftliche Erkenntnisse als ein „Eckpfeiler“ der besseren Rechtsetzung bezeichnet; dabei wird darauf hingewiesen, dass wissenschaftliche Gemeinschaften so früh wie möglich eingebunden werden müssen, um sie dazu anzuregen, zu Beginn des Prozesses einschlägige wissenschaftliche Forschungsergebnisse vorzulegen. Im Mai 2021 kam der Rat zu dem Schluss⁷, dass ein solider, faktengestützter Beschlussfassungsprozess *„unerlässlich“* ist, um komplexe politische Probleme antizipieren zu können – etwa im Zusammenhang mit dem Klima oder neuen Technologien. Darüber hinaus wird in einer unlängst veröffentlichten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen⁸ der systematischen Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse eine bedeutende Rolle für die öffentlichen Verwaltungen zugesprochen, wenn es darum geht, für gegenwärtige und künftige Probleme gerüstet zu sein.

⁴ [Empfehlung des Rates zu einem Pakt für Forschung und Innovation in Europa.](#)

⁵ [Schlussfolgerungen des Rates zur Forschungsbewertung und zur Umsetzung der offenen Wirtschaft.](#)

⁶ [Mitteilung „Bessere Rechtsetzung: Mit vereinten Kräften für bessere Rechtsvorschriften“.](#)

⁷ [Schlussfolgerungen des Rates zu Datentechnologien zur Verbesserung der „besseren Rechtsetzung“.](#)

⁸ [Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Supporting Public Administrations in EU Member States to Deliver Reforms and Prepare for the Future“ \(Unterstützung der öffentlichen Verwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Reformen und der Vorbereitung auf die Zukunft, nur auf Englisch verfügbar\).](#)

Nationale Reformen und Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten, die von den EU-Mitgliedstaaten eingeführt wurden, zeigen, dass diese EU-Initiativen in ganz Europa Anklang finden. Die Aufbau- und Resilienzpläne mehrerer EU-Mitgliedstaaten (z. B. Griechenland, Kroatien, Malta, Rumänien und Tschechien) enthalten Bestimmungen für eine bessere Nutzung von Daten und Fakten in der Politikgestaltung. Weitere Maßnahmen umfassen in der Regel die Einrichtung neuer Analysegruppen und -netzwerke und/oder Gremien und Netzwerke zur Mobilisierung und Umsetzung von Wissen, um Regierungen und Parlamente zu unterstützen (z. B. Estland, Finnland, Litauen, Portugal und Spanien).

Darüber hinaus wurde Anfang November ein vom Instrument der Kommission für technische Unterstützung finanziertes Projekt zum Aufbau von Kapazitäten für eine faktengestützte Politikgestaltung in den Bereichen Governance und öffentliche Verwaltung in einem Europa nach der Pandemie auf den Weg gebracht, an dem Regierungen und wissenschaftliche Einrichtungen aus sieben EU-Mitgliedstaaten beteiligt sind. Im Rahmen des Projekts, das bis Oktober 2024 läuft, werden länderspezifische Fahrpläne bereitgestellt, die politische Empfehlungen zur Verbesserung der nationalen Ökosysteme der Wissenschaft im Dienste der Politik, Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für Fachleute und internationale Maßnahmen des gemeinsamen Erkenntniserwerbs enthalten.

FRAGEN FÜR DIE ORIENTIERUNGS AUSSPRACHE

- (1) Welche weiteren Maßnahmen könnten auf nationaler Ebene in Betracht gezogen werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nutzung wissenschaftlicher Forschung zur Unterstützung der Politikgestaltung zu stärken?
- (2) Wie können die Forschungsministerinnen und -minister die Verknüpfung der Politikgestaltung mit der wissenschaftlichen Forschung in anderen Bereichen (z. B. Klima, Energie, Sicherheit, Verteidigung, Gesundheit usw.) unterstützen?
- (3) Wie kann die Kommission die Diskussion und die Politikentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Wissenschaft im Dienste der Politik weiter vorantreiben – sowohl in Bezug auf eine Steigerung der Nachfrage nach wissenschaftlichem Input (z. B. durch Innovation im öffentlichen Sektor, bessere Rechtsetzung, Vorausschau usw.) als auch auf eine Erleichterung des Zugangs zu politisch relevanten Kenntnissen (z. B. im Rahmen des Neuen Europäischen Forschungsraums durch politischen Dialog, Verhaltenskodizes, sektorübergreifende Mobilitätsprogramme usw.)?

Die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen im Überblick

In der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen wird Folgendes analysiert:

1. die Gründe für den Aufbau von Kapazitäten für Wissenschaft im Dienste der Politik;
2. die Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik; sowie
3. Beispiele bewährter Verfahren, unterstützende Politikrahmen der EU, bestehende berufliche Netzwerke sowie Unterstützungsinstrumente, die es den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen, die Herausforderungen zu bewältigen.

Der Aufbau von Kapazitäten für Wissenschaft im Dienste der Politik ist aus verschiedenen Gründen von Bedeutung. Unabhängige und transparente Prozesse im Zusammenhang mit der Wissenschaft im Dienste der Politik dienen nicht nur dem Aufbau von Kapazitäten zur Bewältigung der komplexen politischen Probleme von heute – von globalen Pandemien bis hin zu Energiekrisen und geopolitischen Herausforderungen –, sondern stärken zudem die Demokratie in Europa, wie in der Arbeitsunterlage festgestellt wird. Die meisten Bürgerinnen und Bürger befürworten die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an politischen Diskussionen.⁹

Im Hinblick auf eine bessere Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Politikgestaltung wurden drei Herausforderungen ermittelt:

1. fehlende Verbindungen zwischen wissenschaftlichen und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, einschließlich fehlender Schnittstellenorganisationen und -netzwerke und/oder mangelnder Koordinierung zwischen etablierten Akteurinnen und Akteuren;
2. fehlende berufliche Kompetenzen für die Bereitstellung und Nutzung von Wissenschaft im Dienste der Politik sowohl auf Seiten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch auf Seiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, einschließlich z. B. wissenschaftlicher Kompetenz und Datenkompetenz bei politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und des Verständnisses politischer Prozesse und der Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse zu kommunizieren, bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern; und
3. mangelndes Verständnis der Grenzen bei der Nutzung von Wissenschaft für die Politikgestaltung, und Notwendigkeit eines verantwortungsvollen Regierungshandelns bei der Nutzung von Erkenntnissen in der Politikgestaltung, einschließlich des Umstands, dass die Wissenschaft nicht dazu dienen kann, Lösungen bei Wertekonflikten zu finden, und Notwendigkeit von Transparenz und Inklusivität in Prozessen der wissenschaftlichen Beratung.

⁹ Siehe [Eurobarometer-Sonderumfrage 516](#) zum Thema „[European Citizens' Knowledge and Attitudes Towards Science and Technology](#)“ (Kenntnisse und Einstellungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu Wissenschaft und Technologie, nur auf Englisch verfügbar), April/Mai 2021, ISBN: 978-92-76-41143-7.

In der Arbeitsunterlage wird ferner auf konkrete Strategien, Ressourcen und Unterstützungsinstrumente hingewiesen, die von der Kommission zur Bewältigung dieser Herausforderungen bereitgestellt und unterstützt würden, darunter:

1. technische Unterstützung, Expertenbewertungen und Instrumente des gemeinsamen Erkenntniserwerbs;
2. europaweite professionelle und organisatorische Netzwerke, die sich mit wissenschaftlichen und politischen Fragen befassen;
3. konzeptionelle Instrumente und Evaluierungsinstrumente für die Kapazität für Wissenschaft im Dienste der Politik;
4. sektorübergreifende Mobilitätsprogramme, die die Mobilität zwischen der Wissenschaft und dem öffentlichen Sektor ermöglichen würden; und
5. zahlreiche Foren für breiter angelegte, länderübergreifende Diskussionen und den Austausch von Verfahren sowohl im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik als auch hinsichtlich der Reform der öffentlichen Verwaltung.
